

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Frau Ministerpräsidentin
Malu Dreyer
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Mainz, 16. September 2021

Klimaschutz muss kommunale Pflichtaufgabe sein

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,
sehr geehrte Frau Ministerin Ahnen,
sehr geehrte Frau Ministerin Spiegel,
sehr geehrte Frau Ministerin Schmitt,

immer mehr wird deutlich, dass die Umstellung unserer Gesellschaft auf ein Leben frei von Treibhausgasemissionen leider viel zu langsam vorankommt, um wirksam die zu erwartenden schrecklichen Folgen des von uns Menschen gemachten Klimawandels zu vermeiden oder zumindest noch beeinflussen zu können.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 24. März 2021 hat die grundrechtlichen Schutzpflichten gegenüber den Gefahren des Klimawandels und das von Deutschland unterschriebene Pariser Klimaschutzabkommen bekräftigt. Dies bedeutet: Art. 20 a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz und zielt auf die Herstellung von Klimaneutralität mit einem Fokus auf entsprechende Maßnahmen vor 2030 ab.

Die furchtbaren Überschwemmungen in diesem Sommer in Rheinland-Pfalz und in benachbarten Regionen sind eine drastische und dramatische Vorwarnung für die absehbaren Folgen, die uns und unserem Planeten in den kommenden Jahren und Jahrzehnten drohen. Wir alle – die Bürgerinnen und Bürger, aber vor allem Sie als politische Entscheidungsträger*innen – haben es in den nächsten, entscheidenden Jahren in der Hand, entschlossen das Ruder herumzureißen.

Die Hitzewelle in den Mittelmeeranliegerstaaten mit verheerenden Bränden spricht eine ebenso deutliche Sprache! Neben dem verursachten menschlichen Leid sind die Kosten enorm. Wie viel sinnvoller wäre es, das Geld in Zukunft – statt zur Schadensbeseitigung – proaktiv in konsequenten Klimaschutz und damit in die Vermeidung der weiteren langfristigen Erderhitzung zu investieren!

Der Weltklimarat IPCC warnt im ersten Teil seines neuen Sachstandsberichts vor einer deutlich rascheren globalen Erwärmung als bislang angenommen. So heißt es, dass sich die Erde bei der derzeitigen Entwicklung bereits gegen 2030 um 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter erwärmt haben wird – das ist zehn Jahre früher als noch 2018 prognostiziert.

Demnach wird es immer häufiger zu bislang selten auftretenden Wetterextremen kommen. Dieser Trend wird sich auch in einem „best case“-Szenario fortsetzen; die Erderhitzung ist schon jetzt nicht mehr umkehrbar. Bedrohliche Hitzewellen, die bisher etwa alle 50 Jahre auftraten, wird es laut IPCC in Zukunft einmal pro Jahrzehnt geben. Tropenstürme werden stärker, extreme Regen- und Schneefälle werden zunehmen. Es wird 1,7 mal so oft wie bisher zu Dürren kommen. Brände werden intensiver und länger andauernd. Genau das erleben wir in diesem Jahr!

Schnelles Handeln auf allen Ebenen ist dringend erforderlich. Auch das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil die Politik klar aufgefordert, im Sinne der Generationengerechtigkeit die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zu beschleunigen.

Heute wollen wir Sie als Landespolitikerinnen bitten, Ihren Fokus auf die kommunale Ebene zu lenken. Während EU, Bund und Land primär Rahmenbedingungen setzen, liegt die Umsetzung vieler Maßnahmen im Wesentlichen bei den Städten und Gemeinden. Viele Kommunen in Rheinland-Pfalz sind bereit, sich dieser Herausforderung zu stellen – aber oft fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen, um die notwendigen Schritte in der Energie- und Wärmeversorgung, bei der Sanierung von Gebäuden sowie bei der Verkehrswende (für den Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur) und der Klimabildung, -beratung und -information schnell und konsequent zu gehen. Ein Investitionsschub ist erforderlich, und der Abbau von Verwaltungsstellen muss in diesem Bereich zurückgedreht werden. Denn es fehlt vielen Kommunen an Personal. Es gibt lobenswert viele Förderprogramme auf Landes- und Bundesebene, aber sie zielen ins Leere, wenn auf kommunaler Ebene Personal und Eigenmittel fehlen, diese Programme zu nutzen.

Voraussetzung für ein erfolgreiches und konsequentes Umsetzen von Maßnahmen ist es deshalb, die kommunale Ebene finanziell so auszustatten, dass die Städte und Gemeinden ihre Planungs- und Entscheidungshoheit auch tatsächlich wahrnehmen können. Geradezu kontraproduktiv wirken Meldungen, dass Initiativen von finanzschwachen Kommunen zur Klimaanpassung oder Mobilitätswende von der Landesbehörde ADD mit der Begründung untersagt werden, dass es sich um freiwillige Leistungen handle. So wurde z.B. das in der Mainzer Koalitionsvereinbarung beschriebene Ziel, den Radverkehr zu stärken, bereits unterwandert, weil Kommunen kein Personal für die Radverkehrsplanung einstellen durften.

Auch für eine Entlastung von Aufgaben durch das Land – etwa durch Übernahme der Baulast von regionalen Radwegen oder die Definition der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – gibt es nach wie vor kein Konzept.

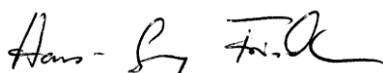
Vor dem geschilderten Hintergrund muss Klimaschutz in Rheinland-Pfalz zur kommunalen Pflichtaufgabe werden. Diese kommunale Pflichtaufgabe wird jedoch nur dann wirksam, wenn Aufgabenfelder, Ziele und Ressourcen der Kommunen klar umrissen und abgegrenzt sind. Nur so kann vermieden werden, dass Klimaschutz als unbestimmter Rechtsbegriff zu neuen Unklarheiten insbesondere über Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen führt und die dringend erforderlichen Impulse ausbleiben bzw. aufgrund der Unklarheiten ins Leere laufen.

Die teilweise schon auf kommunaler Ebene erarbeiteten und festgelegten Klimaleitziele erhalten dann auch innerhalb der Stadtverwaltungen die notwendige Rückendeckung, um tatsächlich umgesetzt zu werden. Den Zielen müssen jetzt endlich Taten folgen, bevor es zu spät zum Handeln ist!

Das ist unserer Überzeugung nach ein überfälliges und notwendiges Signal für die Bedeutung, die Klimaschutz in Rheinland-Pfalz als Vorsorge für nachfolgende Generationen sicher auch für Sie hat! Eben dies hat auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil als klare Aufgabe an die heutige Politik formuliert.

Wir danken Ihnen für Ihr offenes Ohr und stehen Ihnen selbstverständlich auch für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen













Hans-Georg Frischkorn

Vertrauensperson von ‚MainzZero – Klimaentscheid Mainz‘

Erstunterzeichner

Organisationen

ANUK e.V. (Arten- Natur- Umwelt- Klima-Schutz)	
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. + Kreisgruppe Mainz-Stadt	
BUNDJugend Rheinland-Pfalz	
Fridays For Future Frankenthal	
Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz (GNOR) - Arbeitskreis Rheinhessen	
Health for Future Mainz-Wiesbaden	
ISSO Institut der Martin-Görlitz-Stiftung für Energie, Umwelt und Soziales, Koblenz	
Kolpingfamilie Dirmstein e.V.	
MainzZero - Klimaentscheid Mainz	
Naturfreundejugend Rheinland-Pfalz	

Naturschutzbund (NABU)
Mainz und Umgebung e.V.



Parents for Future Mainz



Sczech-Stiftung, Mainz



Seebrücke Mainz



Synthro eG



UrStrom BürgerEnergieGenossenschaft
Mainz eG



Verkehrsclub Deutschland (VCD)
Kreisverband Rheinhessen e.V.



Vianova eG - Mobilität in Gemeinschaft



WorkersforFuture WiMz



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der
Ev. Kirche in Hessen und Nassau



Einzelpersonen

Egbert Bialk, BUND-Regionalbeauftragter Koblenz, Mitglied im BUND Landesvorstand RLP
Derian Boer, Mitglied im BUND Landesvorstand
Edith Heller, Dipl.Päd. i.R., Mitglied bei den Workers for Future WiMz, Parents for Future Mainz, Team MainzZero
Marina Hinsch, Team MainzZero
Michael Lengersdorff, Pressesprecher MainzZero und Parents for Future Mainz
Marco Neef, Vorsitzender Klimaschutzbeirat der Stadt Mainz
Dipl. Umweltwiss. Maximilian Schneider, NaturFreundeJugend RLP, OG Landau
Dipl. Ing. Armin Schulz, Initiative „Gonsenheim setzt aufs Rad“
Reinhard Sczech, Vorstand Vianova eG, die Plattform für Mobilität in Gemeinschaft
Dr. Marcel Weloe, Vorstandsmitglied der BUND Kreisgruppe Mainz-Stadt, aktiv bei MainzZero und „Mainz im Wandel“
Caterina Wolfangel, Vertrauensperson von MainzZero, Parents for Future Mainz

Mitunterzeichner (Stand 24.11.21)

Organisationen

Attac Mainz	
BUND Kreisgruppen: Koblenz Trier-Saarburg Worms	
Fridays for Future Mainz	
Health for Future Koblenz	
Nachhaltigkeitsinitiative Bretzenheim	
Regioverein Koblenz e.V.	
Scientists For Future: Mainz/Wiesbaden Trier	

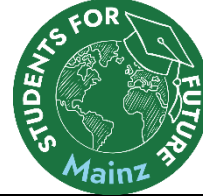
Solarenergie-Fördervereins Deutschland,
SFV-Infostelle Koblenz



Stadtjugendring Mainz e.V.



Students For Future Mainz



Wormser for Future



Einzelpersonen

Werner Huffer-Kilian, Geschäftsführer des Dekanates Maifeld-Untermosel
